

## Die Zukunft der nuklearen Abrüstung

### I. Von der Euphorie zur Depression

Im Jahr 1995 einigten sich die Teilnehmerstaaten des Atomwaffensperrvertrages (Nichtverbreitungsvertrag - NVV) auf eine unkonditionierte und unbefristete Verlängerung dieses Vertrages. Das Versprechen auf substantielle nukleare Abrüstungsschritte stand im Raum.

Und tatsächlich gab es enorme Reduzierungen russischer und amerikanischer Atomwaffen. Im Juli 1988 war der INF-Vertrag in Kraft getreten, der eine ganze Kategorie von Nuklearwaffen eliminiert hatte. Weitere US-russische Abrüstungsgespräche wurden erfolgreich abgeschlossen, der START I-Vertrag trat am 15. Dezember 1994 in Kraft, nachdem die Nachfolgestaaten der Sowjetunion Ukraine, Kasachstan und Weißrussland auf Nuklearwaffen verzichtet hatten. Start II war in Verhandlungen. Ein Vertrag zum Stopp von Atomtests (CTBT) wurde verhandelt, ebenso das Verbot der Produktion militärisch nutzbaren Spaltmaterials (FMCT). Allein die Aussicht auf Umsetzung dieser Verträge gab Hoffnung, die Abrüstung aller Nuklearwaffen werde im Laufe der Zeit Realität. Die Euphorie hielt auch noch an bei der Überprüfungskonferenz der NVV im Jahre 2000.

#### *Die Ergebnisse der Überprüfungskonferenz 2000*

Das Abschlussdokument dieser Konferenz enthielt 13 praktische Schritte, die heute noch (fast) alle Gültigkeit haben. Gültigkeit deshalb, weil sie in den zurückliegenden zehn Jahren nicht umgesetzt wurden. Dann stagnierte die nukleare Abrüstung. George W. Bush erklärte am 13. Dezember 2001 den Rücktritt vom ABM-Vertrag. Damit war START II, obwohl von den USA schon 1996 ratifiziert, tot. Die Duma hatte den Vertrag erst am 14. April 2000 mit dem Vorbehalt ratifiziert, dass die USA am ABM-Vertrag festhalten würden.

Dennoch sind die 13 Schritte bis auf Schritt sieben noch voller Gültigkeit. Schritt sieben bezog sich auf den ABM-Vertrag, auf den Erhalt und

---

die Stärkung des ABM-Vertrages als Eckpfeiler strategischer Stabilität und als Grundlage für weitere Reduzierungen bei strategischen Offensivwaffen. Er bezog sich auf die Implementierung von START II sowie auf Verhandlungen über START III. Alle anderen Schritte können auch heute Grundlage von Verhandlungen sein.

Schnelles Inkrafttreten des Atomteststoppvertrages (CTBT) und ein Moratorium des Testens bis dahin (Schritt eins und zwei) sind nicht obsolet. Schritt drei verlangt den schnellen Abschluss eines überprüfbaren Produktionsstopps für militärisch nutzbares Spaltmaterial (FMCT). Ein fast fertig ausgehandeltes Abkommen wurde in den Schubladen der Genfer Abrüstungskonferenz verstaut, als George W. Bush das Interesse am Verbot der Produktion militärisch nutzbaren Spaltmaterials verloren hatte. Es gibt Hoffnung, dass diese beiden Schritte beim erhofften Aufbruch in ein neues Abrüstungszeitalter bald umgesetzt werden können.

Die Abrüstungskonferenz in Genf (CD) sollte generelle Beratungen über nukleare Abrüstung aufnehmen (Schritt vier), was bis heute nicht geschehen ist. Seit 10 Jahren gibt es in der CD keine Einigung auf eine Tagesordnung!

Nukleare Abrüstung sollte irreversibel sein (Schritt fünf), also nicht nur Sprengköpfe und Trägersysteme einmotten, ein Prinzip, das bei den Neuverhandlungen über START I neu belebt werden sollte. George W. Bush hatte bei seinem Angebot an Putin im Jahre (2001) auf Irreversibilität und Verifikation weitgehend verzichten wollen. Ohne Irreversibilität aber bekommen wir keine echte Abrüstung, ohne Verifikation kein Vertrauen! Schritt sechs und elf verweisen auf die Verpflichtung der Nuklearwaffenstaaten zur totalen Abrüstung nach Artikel VI und verlangen internationale Kontrollen.

Schritt neun enthält ein ganzes Bündel an Forderungen, die heute noch größere Relevanz haben als im Jahr 2000. Internationale Stabilität und ungeteilte Sicherheit weltweit werden eingefordert. Einseitige Abrüstungsschritte der Nuklearwaffenstaaten und Transparenz sowie Vertrauensbildung bei gleichzeitiger Abrüstung sind die Instrumente dazu. Nuklearwaffen sollen aus dem operativen Status entfernt werden (de-al-

erting). Im Alarmstatus befindliche Waffen sind ein ungeheures Gefährdungspotential, ein Missverständnis kann eine Katastrophe auslösen. Wichtigste, nie eingelöste Forderung aber ist der Ruf nach einer verringerten Rolle von Nuklearwaffen in den Sicherheitsdoktrinen. Dies ist ein Punkt, der in den Mittelpunkt der neuen Diskussion um nukleare Aufrüstung rücken muss.

Im Jahr 2000 wurde über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen diskutiert, der auch von China und Russland ausgesprochen wurde. Die NATO und ihre über Nuklearwaffen verfügenden Mitgliedsstaaten verweigerten sich. Russland hat diese Zusage wieder aufgehoben. Man kann sich noch lebhaft an die „Ohrfeigen“ erinnern, die Joschka Fischer abbekam, als er die Forderung des Verzichts auf den Erstschatz in die NATO einbrachte.

Ein Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen muss aber möglichst schnell vereinbart werden, nur damit kann ein Stück des notwendigen Vertrauens für weitere Verträge begründet werden.

Die Nichtnuklearwaffenstaaten wollten vertragliche Garantien, dass gegen sie keine Nuklearwaffen eingesetzt werden. Auch dies ist nie geschehen. Die sogenannten negativen Sicherheitsgarantien können dazu beitragen, dass Nichtnuklearwaffenstaaten vom Erwerb von Atomwaffen abgehalten werden.

### *Das Ende der Abrüstungshoffnungen*

Nach der Kündigung des ABM-Vertrages durch die USA im Jahr 2001 brach die neue Dynamik des Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregimes praktisch zusammen. Bush forcierte die Umsetzung der Raketenabwehrpläne. Die USA verloren das Interesse am Atomteststopp-Vertrag. Sie erklärten, ihre Unterschrift zurückziehen zu wollen.

Die US-Strategie und die Nuklearstrategie von 2002 erklärten die Bekämpfung der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen zur obersten Priorität. Von der Erfüllung des Artikel-VI des NVV – Abrüstung auf Null – war keine Rede mehr. Neue Atomwaffendesigns, die den Bedingungen neuer Bedürfnisse der Bekämpfung von Ländern, die über chemische, biologische oder atomare Massenvernichtungswaffen verfügen, ange-

passt sein sollten, wurden in den USA entwickelt. Atomwaffen sollten zu Kriegsführungswaffen werden. Mini-Nukes zur punktgenauen Bekämpfung von Zielen oder Bunker brechende Waffen, um unterirdische Depots zu knacken, waren das Ziel. Ihre Entwicklung verschlang Milliarden von Dollars.

Die neue Strategie hätte diese Waffen benötigt. Präemptive oder präventive Nuklearschläge sollten gegen jeden potentiellen Angreifer mit Massenvernichtungsmitteln eingesetzt werden. Mehr noch, auch drohende konventionelle Angriffe sollten so abgewehrt werden. Russland wurde wieder in den Rang eines potentiellen Feindes erhoben.

Die US-Raketenabwehr wurde Stück für Stück in die Tat umgesetzt. Der Tiefpunkt war erreicht, als Tschechien und Polen bereit waren, auf ihren Territorien Radars und Abwehrsysteme installieren zu lassen. Russland fühlte sich bedroht und plante seinerseits massive konventionelle und atomare Aufrüstungsschritte. Es stieg aus dem Vertrag über konventionelle Abrüstung aus.

China hat in all den Jahren still und ohne großes Aufsehen seine Nuklearrüstung modernisiert und ausgeweitet. Frankreich und Großbritannien haben ihre Arsenale zwar reduziert, aber auch modernisiert. Großbritannien entschied, die U-Boot-Trident-Flotte zu erneuern. Indien und Pakistan testeten 1998 Nuklearwaffen und haben seitdem kontinuierlich ihre Waffenarsenale samt Trägertechnologien ausgebaut. Und dann noch der Nuklearstreit mit Iran. Trotz der Versicherung, seine Urananreicherung nur zu friedlichen Nutzung von Energie zu betreiben, ist das Vertrauen in Iran nach der Entdeckung geheimer Programme nicht groß.

Alle Verhandlungsangebote und Drohungen mit Sanktionen haben keinen Eindruck gemacht. Iran beharrt auf seinem Recht aus Artikel IV NVV auf den Zugang und die Nutzung friedlicher Nukleartechnologie. Auch die Hoffnungen auf eine Einigung im Nuklearstreit mit Nordkorea sind geringer geworden. Im Jahr 2003 trat Nordkorea aus dem NVV aus und hat im Jahr 2006 einen Atomtest vorgenommen.

Libyens Atomprogramm wurde entdeckt und abgebaut – einziger Lichtblick in einer Horrorgeschichte, in der auch das aufgedeckte, aber nicht

ausgeschaltete pakistanische Khan-Netzwerk eine Rolle als williger Lieferant von Atomtechnologie spielte. Im Jahr 2005 scheiterte die Überprüfungs-konferenz des NVV kläglich. Sie ging ohne Abschlusserklärung auseinander. Das war das düstere, niederdrückende Szenario im Jahr 2008.

Es gibt etwa 25.000 Nuklearwaffen in der Welt, 95% davon sind im Besitz Russlands und der USA. Insgesamt sind ca. 2.500 Sprengköpfe im Alarmzustand. Die Explosivkraft der kleinsten strategischen Nuklearwaffen beträgt 100.000 Tonnen TNT. Die Explosivkraft aller stationierten amerikanischen und russischen Nuklearwaffen beträgt zusammen 2.700 Megatonnen – 900 mal mehr Sprengkraft als die im Zweiten Welt Krieg abgeworfenen Bomben besaßen. Die Welt ist gerüstet zur eigenen Vernichtung.

## II. Von der Depression zu Euphorie

„Hope“ und „yes we can“ – dies könnte das Motto für das kommende Jahrzehnt sein. Nach der Wahl Barack Obamas zum Präsidenten blüht die Hoffnung auf. Der neue Präsident der Vereinigten Staaten, schickt sich an, seine im Wahlkampf skizzierte Nuklearpolitik in die Tat um zu setzen. Global Zero heißt das neue Zauberwort.

### *Neuer Anlauf zu START*

Russland und die USA haben sich darauf verständigt, ein neues START-Abkommen bis Ende des Jahres auszuhandeln. Die ersten Verhandlungen haben begonnen. Da der Vertrag im Dezember 2009 ausläuft, besteht dringender Handlungsbedarf. Wenn die Verhandlungen nicht vor Ablauf der Frist abgeschlossen werden können, sollte es eine Verlängerungsperiode bis zum Abschluss eines neuen Vertrages geben. Wirkliche Reduktionen sollten, wie Obama betont, die Abrüstung von überzähligen Sprengköpfen, die Begrenzung der Abschusssysteme sowie die Vernichtung überzähliger Abschusssysteme ebenso beinhalten, wie ein Verifikationssystem, das vertrauensbildend wirkt.

Obama gelobte, eine „echte, verifizierbare Reduktion bei allen US- und russischen Nuklearwaffen – seien sie stationiert oder nicht stationiert“ anzustreben. Dies bedeutet die Einbeziehung aller Kategorien von Nuklearwaffen, auch der taktischen, also ein umfassender Ansatz.

Der Unterschied zu den Ideen der Bush Administration zu den START-Verhandlungen ist, dass Bush nur Sprengköpfe in das neue Abkommen einbeziehen und Abschusssysteme außerhalb der Regeln lassen wollte.

Russland will im Prinzip die bestehenden Einschränkungen von START beibehalten, da sie Stabilität fördern.

Russland ist interessiert an einem Nachfolge-Abkommen für START, ist aber zögerlich wegen der taktischen Waffen. Ein neues START-Abkommen sollte alle Nuklearwaffen umfassen, seien sie strategisch oder nicht-strategisch. Putin erklärte die Bereitschaft Russlands, seine strategischen Waffen auf 1.500 Sprengköpfe oder weniger zu reduzieren. Bestätigung kam vom russischen Botschafter in den Vereinigten Staaten, Sergej Kisljak, einem Rüstungskontrollexperten und ehemaligen stellvertretenden Außenminister, in einem Interview mit Arms Control Today.

Beide Seiten haben erklärt, die Vernichtung der reduzierten Sprengköpfe und Trägersysteme anzustreben, also Irreversibilität. Beide Seiten wollen ein Verifikationssystem und beide Seiten haben Reduktionen bis zu 1.000 Sprengköpfen genannt.

### *Raketenabwehr als Stolperstein*

Aber wir müssen uns dessen bewusst sein, dass die Stationierung der Raketenabwehr in Europa von Russland als Bedrohung seiner Sicherheit wahrgenommen wird. Ohne eine befriedigende Lösung in dieser Frage bezweifle ich, dass Russland bereit sein wird, seine Arsenale zu reduzieren. Es ist mindestens notwendig, ernsthafte Verhandlungen mit Russland über eine angemessene Lösung des Problems Raketenabwehr unter Einbeziehung der Europäer sowie der NATO zu beginnen, am besten wäre ein Verzicht der USA auf dieses System.

### *Atomteststoppabkommen - CTBT*

Neue Hoffnung gibt es auch beim Atomteststoppabkommen. Obama hat dem Kongress den Vertrag erneut zur Ratifizierung vorgelegt. Präsident Clinton war seinerzeit mit dem von ihm selbst initiierten Vertrag gescheitert – die USA wollten die Option zum erneuten Testen nicht ganz aus der Hand geben. Auch heute ist die Ratifizierung durch den Kongress noch nicht gesichert – laut Informationen aus den USA fehlen noch acht (republikanische) Stimmen zur Ratifikationsmehrheit.

Wenn die USA diesen Vertrag tatsächlich ratifizieren, besteht die Hoffnung, dass weitere Staaten dem guten Beispiel folgen. Damit der Vertrag überhaupt in Kraft treten kann, müssen auch die drei inoffiziellen Atomwaffenstaaten Indien, Pakistan und Israel beitreten und ratifizieren. Der Druck auf diese Staaten würde verstärkt. Wie aber sind die Erfolgsaussichten? In Pakistan haben sich die innenpolitischen Spannungen durch den Vormarsch der Islamisten enorm verstärkt, so dass unsicher erscheint, ob ein Beitritt zu dem Vertrag durchsetzbar wäre.

Für Israel, das offiziell die Existenz seiner Nuklearwaffen leugnet, erscheint ein Beitritt unwahrscheinlich, solange der Nahostkonflikt ungelöst ist und Iran im Atomstreit nicht einlenkt.

Vertreter Indiens haben sich höchst besorgt gezeigt, die Obama-Regierung könnte ein internationales Verbot von Atomtest anstreben.

Es wird darauf ankommen, dass die Überprüfungskonferenz zum Atomwaffen-sperrvertrag im Jahre 2010 hier zu einem erfolgreichen Ergebnis kommt. Ziel deutschen und europäischen Engagements muss es sein, um volle Unterstützung aller Teilnehmerstaaten bei der Überprüfungskonferenz zu werben.

Die in Wien ansässige, im Aufbau befindliche, Überprüfungsorganisation (CTBTO) ist fast voll funktionsfähig und mit Messstationen rund um den Globus in der Lage, jede Nuklearexplosion – auch kleine, wie in Nord-Korea, - zu detektieren. Eine wichtige Forderung ist die volle Unterstützung für diese Organisation sowie ihre adäquate Finanzierung.

---

## *Übereinkommen zum Verbot der Produktion waffenfähigen*

### *Spaltmaterials - FMCT*

Vergraben in den Schubladen der Genfer Abrüstungskonferenz liegt ein Vertragsentwurf für ein Übereinkommen zum Verbot der Produktion waffenfähigen Spaltmaterials (Fissile Material Cut-off Treaty - FMCT, kurz Cut-off genannt.) Es ist höchste Zeit, diesen Entwurf auf die Agenda zu setzen und zu beschließen. Das wichtige an diesem Entwurf ist, dass er ein Verifikationsregime enthält. Der ehemalige Präsident Bush präsentierte einen neuen Entwurf – ohne Verifikation. Indien hat im Zuge des US-indischen Atomdeals, der Indien den Erwerb ziviler Nukleartechnologie ermöglicht, die Unterstützung für ein FMCT zugesagt. Wir sollten Indien an dieses Versprechen erinnern.

Diese Verträge werden, sollten sie in Kraft treten, uns nicht das „Ende des nuklearen Zeitalters“ bringen, das mancherorts schon ausgerufen wird.

„Global Zero“ wird wohl noch Jahre (oder Jahrzehnte) von uns entfernt sein. Aber immer mehr Politiker erkennen, dass die Abschaffung – oder zumindest die Begrenzung – der verheerenden Anzahl nuklearer Sprengköpfe, unter der Bedingung verifizierter Abrüstung, eine drängende Zukunftsaufgabe ist.

### *Der neue Ruf nach einer atomwaffenfreien Welt*

George Shultz, Henry Kissinger, Sam Nunn und William Perry – manchmal als die „apokalyptischen Vier“ bezeichnet – brachten neuen Schwung in die Debatte mit ihren Beiträgen im Wall Street Journal. Ihnen folgten andere Quartette wie Douglas Hurd, Malcolm Rifkind, David Owen und George Robertson nach. Und erst kürzlich steuerten vier weise alte Männer aus Deutschland, Helmut Schmidt, Hans-Dietrich Genscher, Richard von Weizsäcker und Egon Bahr, ihre Meinung bei.

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon fügte seine gewichtige Stimme hinzu, indem er eine Nuklearwaffenkonvention und „Global Zero“ forderte. Margret Beckett plädierte, als sie Außenministerin Großbritanniens war, für eine nuklearwaffenfreie Welt, ebenso wie ihr Nachfolger, David Miliband.

Unglücklicherweise verteidigte Miliband gleichzeitig die Modernisierung des Trident Systems als notwendiges Abschreckungsmittel so lange Nuklearwaffen in der Welt seien.

Der französische Präsident Sarkozy schrieb am 6. Dezember 2008 einen Brief an Ban Ki Moon – einen Tag bevor „Global Zero“ in Paris präsentiert wurde – und plädierte für Denuklearisierung, während er an der Modernisierung der Force de Frappe festhielt.

Präsident Obama gelobte, „Amerikas Führung bei der Reduzierung der Rolle von Nuklearwaffen wiederherzustellen und für ihre endgültige Abschaffung zu arbeiten.“

Zugleich erklärte er: „So lange Nuklearwaffen existieren, will ich eine starke, sichere und zuverlässige Abschreckung aufrechterhalten, um uns und unsere Verbündeten zu schützen.“ Hier liegt ein Dilemma für Global Zero. Man kann nicht „Zero - null Atomwaffen“ propagieren und gleichzeitig eine Abschreckung beibehalten.

### *Abschreckung versus Zero*

Wir brauchen das Ziel vollständiger nuklearer Abrüstung als unverbrüchliches Ziel und gleichzeitig konkrete Schritte, die uns dieses Ziel erreichen lassen. Die Global-Zero-Initiative, die im Dezember 2008 der Welt in Paris präsentiert wurde, sieht als ersten Schritt eine Abrüstung zwischen Russland und den USA auf 1.000 Sprengköpfe vor. 1.000 Nuklearwaffen scheinen eine magische Zahl zu sein, die von vielen Vorschlägen unterstützt wird. Eine Zahl, die – sobald sie von Russland und den USA erreicht wird – ein Ausgangspunkt in Richtung Null sein könnte. Ab dieser Grenze beginnen die schwierigen Schritte. Frankreich (300 Sprengköpfe), Großbritannien (weniger als 200 einsatzbereite Sprengköpfe), China, Indien, Pakistan und auch Israel müssten in den Abrüstungsprozess einbezogen werden.

### *Ausweg Nuklearwaffenkonvention?*

Vielleicht ist ein anderer Ansatz gangbar: Der Beginn von Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention zur vollständigen Ächtung von Nuklearwaffen als Rahmen für einen Schritt-für-Schritt-Ansatz.

Seit 1997 bringt Costa Rica jährlich eine "Model Nuclear Weapons Convention" in die Generalversammlung der Vereinten Nationen als Arbeitsdokument ein.

Diese Model Nuclear Weapons Convention bietet ein Rechtsinstrument, behandelt aber auch technische und politische Fragen, die gelöst werden müssen. Sie bietet Verifikationsmechanismen, die dem NVV fehlen und die zur Schaffung von Transparenz und zur Vertrauensbildung benötigt werden.

David Miliband, der Außenminister Großbritanniens, schlägt in einem Artikel im Guardian vom Dezember 2008 vor, die technischen Fragen zu erforschen, die mit internationaler Verifikation von Abrüstung verbunden sind. Er will eine Abrüstungskonferenz mit Politikern, Entscheidungsträgern und Wissenschaftlern aus den fünf anerkannten Nuklearwaffenstaaten einberufen.

International gibt es eine breite Palette an Forschung und Know-How über diese Fragen. Verifikation ist machbar, viele Ergebnisse liegen vor, die bei einem Vertrag nutzbar gemacht werden können.

Ban Ki Moon befürwortet eine Konvention, die Europäische Union plädiert für eine nuklearwaffenfreie Welt, unzählige Initiativen arbeiten seit Jahren daran: Also, warum nicht auf der Basis einer „Model Convention“ Verhandlungen einleiten? Parallel dazu gehören dann die einzelnen Schritte vereinbart, die schon bei der Überprüfungskonferenz im Jahre 2000 genannt wurden.

### *Internationale Kontrollen stärken*

Neben CTBT und FMCT, die eine unabdingbare Voraussetzung zur Verhinderung von nuklearer Proliferation sind, muss dringend der „Nukleare Wachhund“, die Internationale Atomenergie Organisation (IAEO) mit Sitz in Wien, gestärkt werden.

In einer Welt, die verstärkt auf Atomenergie setzt, steigt die Gefahr von Proliferation und von Missbrauch von radioaktivem Material für militärische Zwecke. Das vermutete militärische Atomprogramm Irans ist ein warnendes Beispiel.

Die logische Konsequenz ist: wir brauchen ein umfassenderes Kontrollsystem für diese Materialien. Die normalen Safeguard-Abkommen der IAEO, die jeder Unterzeichnerstaat des NVV unterzeichnen muss, sind nicht ausreichend. Die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls muss für jeden Staat Pflicht werden, der Atomreaktoren betreibt.

Ich begrüße die lange erwartete Ratifikation des Zusatzprotokolls durch Präsident Bush in den letzten Tagen seiner Amtszeit. Ein Zusatzprotokoll gibt den IAEO-Inspektoren bessere Möglichkeiten, zur Durchführung kurzfristiger Inspektionen sowie zur Überwachung von Umweltfaktoren, um illegale Aktivitäten aufzuspüren. Das Zusatzprotokoll sollte obligatorisch werden. Aber auch dies wird nicht reichen. Wir sollten über ein Zusatzprotokoll Plus nachdenken. Unsere Wissenschaftler und die IAEO sollten solch ein komplexes Instrument entwickeln, um sicherzustellen, daß die Nutzung der Atomenergie friedlich bleibt. US-Außenministerin Clinton hat entsprechende Anregungen gegeben.

Natürlich müssen wir die IAEO mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausstatten. Der Bedarf an gut ausgebildeten Inspektoren und an ausgefeilter Technik wird steigen. Hillary Clinton forderte in ihrer Senatsanhörung die Verdoppelung des IAEO-Budgets innerhalb der nächsten vier Jahre. Alle Teilnehmerstaaten des NVV sollten dies in der Überprüfungs-konferenz im Jahre 2010 vereinbaren.

### *Brennstoffversorgung internationalisieren*

Artikel IV des NVV gibt Nichtatomwaffenstaaten das „unveräußerliche Recht, die Erforschung, Produktion und Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke ohne Diskriminierung zu entwickeln.“ Auf diesen Artikel berufen sich viele Nichtnuklearwaffenstaaten, auf diesen Artikel beruft sich auch Iran bei seiner Weigerung, die Anreicherung von Uran einzustellen.

In einer Welt, in der 435 Reaktoren Atomenergie produzieren, ein neuer Boom dieser Art der Stromerzeugung in vielen Staaten, die bereits Atomenergie nutzen vorausgesagt wird, in einer Welt, in der über 20 Staaten, die bisher keine Atomenergie haben, diese Technologie in der Zukunft nutzen wollen, wächst die Gefahr des Missbrauchs.

Artikel IV des NVV abzuändern ist keine akzeptable Option. Wer verhindern will, dass Urananreicherung zur Brennstoffproduktion zu militärischen Zwecken missbraucht wird, muss Alternativen anbieten. Eine internationale Brennstoffbank (Fuel Bank) ist ein solches Angebot. Zahlreiche Vorschläge zu einer garantierten Brennstoffversorgung sind gemacht worden, z. B. ein „Multilateral Enrichment Sanctuary Project“, also eine von der IAEA kontrollierte Produktionsanlage. Bei allen diesen Projekten gilt es, die potentiellen Abnehmer der Brennstoffstäbe davon zu überzeugen, dass die Lieferungen sicher sind und nicht aus politischen Gründen gestoppt werden können.

### *Die Rolle der Nuklearwaffen in den Strategien*

Alle vorgenannten Schritte sind notwendig. Ohne eine Änderung der Nuklearstrategien, die die Rolle und Bedeutung von Nuklearwaffen minimieren, und damit einen Prozess der Delegitimierung dieser Waffen einzuleiten, wird ihnen aber kein Erfolg beschieden sein.

Atomwaffenarsenale schrecken keine Nachahmer ab, sie inspirieren gewisse Staaten, sich selbst Instrumente der Abschreckung zuzulegen. Irak, Nordkorea, Libyen sind anschauliche Beispiele dafür, Iran auf dem Weg dahin. Strategien müssen geändert werden. Einfluss haben wir auf das neue strategische Konzept der NATO. Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat mit seinen norwegischen Kollegen in der NATO einen Vorstoß unternommen, Abrüstung und Rüstungskontrolle wieder ins Bewusstsein zu heben. Der Bukarester Gipfel der NATO hat daraufhin einen Bericht zur Stärkung ihres Profils auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung zur Kenntnis genommen. Der Bericht bestätigt, dass „Rüstungskontrolle, Abrüstung und Non-Proliferation weiterhin ein wichtiger Beitrag zu Frieden, Sicherheit und Stabilität“ seien. Der Report lässt die Rolle von Nuklearwaffen in der NATO unerwähnt. Die NATO muss eine neue Strategie ohne Atomwaffen entwickeln. Das Strategische Konzept der NATO, „Abschreckung von Aggressionen“, hält die Option eines Nuklearwaffeneinsatzes in einer ganzen Reihe von Umständen offen. Betrachtet man diese Tatsache vor dem Hintergrund einer US-Doktrin, die die Option eines nuklearen Präemptivschlages gegen Angriffe mit Mas-

---

senvernichtungswaffen (oder die Fähigkeit dazu), gegen übermächtige konventionelle Angriffe oder gar gegen „überraschende“ militärische Entwicklungen vorsieht, wird deutlich, dass dieses Konzept die Anwendung von Nuklearwaffen durchaus als nützlich und legal betrachtet. Oder wie der dänische Außenminister es ausdrückte: Atomwaffen sind „legal und akzeptiert“. NATO-Generalsekretär de Hoop Scheffer erklärte 2007: „Die Nato hat nicht vor, ihre nukleare Strategie zu ändern.“

Wir haben eine einmalige Chance, die Diskussion in der NATO zu beeinflussen. Amerika hat sich auf einen guten Weg begeben. Obama erklärte, er werde keine Neuentwicklung von Nuklearwaffen autorisieren. Dadurch wird glaubwürdiger, dass das Ziel einer weltweiten Abschaffung von Nuklearwaffen tatsächlich ein zentrales Element der neuen amerikanischen Nuklearpolitik ist. Keine „Bunkerbuster“, also Bunker brechende Nuklearwaffen, keine Miniaturausgaben (Mini-Nukes) von Nuklearwaffen, keine neuen Atomsprenköpfe für Trident-U-Boote und Interkontinentalraketen (Reliable Replacement Warhead) bedeuten auch, dass man die Nuklearstrategie der USA einer Überprüfung unterziehen muss.

Die Nuclear Posture Review ist in Arbeit. Der Zwischenbericht der beauftragten Kommission zeigt ein Umdenken. Ich zitiere aus dem Zwischenbericht: „Wenn die USA durch ihre Handlungen anderen Nationen zu verstehen geben, dass wir ernsthaft eine verringerte Rolle von Atomwaffen anstreben, erhöhen wir die Chance, die Art von Kooperation zu erhalten, die wir brauchen, um effektiv mit den Gefahren der Proliferation umgehen zu können.“

Dies eröffnet Hoffnung, dass die weltweite Sehnsucht nach Frieden erfüllt wird, für die hunderttausende Menschen sich im Jahr 2009 beim „Weltweiten Marsch für den Frieden“ auf den Weg gemacht haben (Siehe: <http://www.theworldmarch.org>).